

Tagesbericht

19. November 1953

Informationsdienst Nr. 2024 zur Beurteilung der Situation

Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 1, Bl. 263–270 (2. Expl.).

Serie

Informationsdienst

Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

Vermerke

Zahlreiche vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

Bemerkungen

Gedrucktes standardisiertes Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis (nur 1. Gliederungsebene mit 6 Punkten).

Die Lage in Industrie, Verkehr, Handel und Landwirtschaft

Industrie und Verkehr

Über die Weihnachtswendungen¹ wird noch immer breit diskutiert. Während die übergroße Mehrheit der Arbeiter diese Maßnahme der Regierung begrüßt und der Regierung mehr und mehr Vertrauen entgegenbringt, mehren sich aber auch die negativen Stimmen, die mit der Höhe der Weihnachtswendungen nicht einverstanden sind. Hier handelt es sich überwiegend um ledige oder verwitwete Frauen mit Kindern, die nur 30,00 DM erhalten und sich gegenüber den Verheirateten benachteiligt fühlen. Besonders stark und verbreitet werden diese negativen Diskussionen nach vorliegenden Berichten in der Ostdeutschen Tuchfabrik Forst/Cottbus, in der Thuringia-Spinnerei Erfurt und im IKA Sondershausen/Erfurt geführt. In diesen Betrieben sind über 80 % Frauen beschäftigt.

Für die positiven Stimmen ist die Meinung einer Arbeiterin aus der Perlon-Abteilung des Kunstfaserwerkes »Wilhelm Pieck« in Schwarza/Gera charakteristisch: »Durch die Maßnahmen der Regierung kann ich meinen Angehörigen ein schönes Weihnachtsgeschenk bereiten. Jetzt muss doch jeder zugeben, dass die Regierung tatsächlich bestrebt ist, das Los der Arbeiter zu verbessern. Die Frauen in unserer Abteilung müssen sich noch mehr anstrengen, um zu zeigen, dass auch wir der Regierung helfen wollen, damit sie noch weitere Maßnahmen dieser Art treffen kann.«

Über die Erklärung Molotows² haben sich noch keine breiteren Diskussionen entwickelt. Die bekannt gewordenen Stimmen sind zwar positiv, aber noch vereinzelt. Ein parteiloser junger Arbeiter aus dem VEB Ostthüringische Möbelwerke Zeulenroda/Gera: »Ich glaube, dass die Westmächte vor der Erklärung Molotows nicht mehr ausweichen können. Wenn sie wiederum versuchen, die von Molotow gemachten Vorschläge zu umgehen, dann steht einwandfrei fest, dass sie nicht gewillt sind, den Frieden in der Welt zu erhalten.« Eine Arbeiterin aus dem VEB Nahrungsmittelwerk Cottbus: »Die SU hat schon viele Vorschläge gemacht. Daran sieht man, dass die immer bereit ist, zu verhandeln.«

Über die Zerschlagung feindlicher Agentenzentralen werden vor allem dort umfangreichere Diskussionen geführt, wo Versammlungen mit Mitarbeitern der Staatssicherheit durchgeführt wurden.³ Die Diskussionen sind überwiegend positiv. Lediglich im Bezirk Rostock tauchen Stimmen auf, die gegen den stellvertretenden Leiter der Gehlen'schen Filiale, Geyer,⁴ Misstrauen hegen. Wenn auch die Versammlungen meistens erfolgreich verlaufen, so darf das nicht zu Sorglosigkeit führen, denn es sind Beispiele bekannt, wo Betriebsparteiorganisationen diese Versammlungen nicht oder nur ungenügend vorbereiteten, sodass sie dann auch wenig erfolgreich verliefen. So beteiligten sich z. B. im VEB Gaselan in Fürstenwalde/Frankfurt von 1 200 Beschäftigten nur 200 an der Versammlung. Davon war der größte Teil Lehrlinge, die sich sehr disziplinos verhielten und sogar die amerikanische Herkunft der dort ausgestellten Funkgeräte durch dumme und provokatorische Bemerkungen anzweifelten. Diese Versammlung war schlecht vorbereitet worden.

Natürlich sind die positiven Beispiele weit häufiger. Sehr erfolgreich verlief eine Versammlung im Kunstseidenwerk »Siegfried Rädels« in Pirna/Dresden, in der der Chef der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit⁵ sprach. Dort wurden einige Verpflichtungen zur Erhöhung der Wachsamkeit übernommen. So verpflichteten sich z. B. ein verdienter Aktivist und ein verdienter Erfinder, den Arbeitern im Kesselhaus die empfindlichsten und leichtverwundbarsten Stellen im Kesselhaus zu erklären, damit die Kollegen darauf besonders aufpassen können. Ein Arbeiter aus dem Braunkohlenwerk Hirschfelde/Dresden: »Ich kann nicht verstehen, dass sich Menschen zu solchen Verbrechen hergeben. Ich verurteile solche Elemente.«

Ein Arbeiter von der Peenewerft Wolgast/Rostock: »Der stellvertretende Leiter der Spionageorganisation, Geyer, hätte keinesfalls Aufnahme in der DDR finden dürfen, da seine Untaten zu groß sind und er uns große Schäden in unserer Aufbauarbeit zugefügt hat. Das sind alles Lumpen und solche Lumpen sollten in der DDR keine Aufnahme finden.«

Über administrative Normenerhöhungen und dadurch hervorgerufene Unstimmigkeiten unter den Arbeitern wurde wieder ein Beispiel bekannt. Im »Thomas-Müntzer«-Schacht Sangerhausen/Halle erhöhte die Werksleitung z. B. bei einer Brigade die Norm auf administrativem Wege. Durch diesen und andere ähnliche Fälle diskutieren die Kumpel des Schachtes: »Das ist nicht der Wille der Regierung, sondern das liegt an den unteren Funktionären, die nur gute Berichte nach oben schicken wollen.« Sie ziehen die Schlussfolgerung: »Hier werden bewusst den Kumpeln die Arbeitsbedingungen erschwert, damit sie den Agenten leicht in die Hände fallen.«

Bei den Wismut-Kumpeln tauchen immer wieder in verstärktem Maße Gerüchte und negative Diskussionen über die Zukunft der Wismut AG nach dem 1.1.1954 mit den sattsam bekannten Argumenten auf.⁶ Es ist unverständlich: Seit Wochen wird darüber im Informationsdienst berichtet, doch bis jetzt ist noch keine offensive Aufklärungsarbeit unter den Kumpeln geleistet worden, um diese Diskussionen, die zuweilen zu einem Nachlassen der Arbeitsfreudigkeit und zu einer Senkung der Arbeitsproduktivität geführt haben, zu zerschlagen.

Handel und Versorgung

Mängel in der Kartoffelversorgung zeigen sich besonders in den Bezirken Frankfurt/Oder, Cottbus und Leipzig. In Eberswalde/Frankfurt/Oder haben viele Arbeiter noch keine Kartoffeln erhalten, so entwickeln sich besonders in den Großbetrieben negative Diskussionen. Es ist unverständlich, dass diese Mängel in einem Kreis, wo mehrere wichtige Betriebe sind, nicht beseitigt werden, obwohl darüber schon einige Male berichtet wurde.

Arbeiterin vom RAW Eberswalde: »Die Kartoffelversorgung wäre besser, wenn die Sowjetarmee nicht laufend große Mengen Kartoffeln abfahren würde. Man sieht es täglich wie sie diese mit den Autos abfahren, und ich habe keine Kartoffeln im Haus.«

Ungenügende Belieferung mit Lebensmitteln wird aus mehreren Bezirken berichtet. Es handelt sich im Einzelnen um Frischfleisch (Bezirk Leipzig), Frischfisch (Kreis Döbeln und Bezirk Halle) und Margarine (Bezirk Leipzig). Bei Margarine fehlt es im Allgemeinen an der Sorte I, während bei der Sorte III ein Überschuss festgestellt werden kann.

Mangel an Gebrauchsgütern zeigt sich in Stalinstadt/Frankfurt/Oder, während diese Gegenstände in Fürstenberg vorhanden sind. Kleine Lieferungen dieser Waren sind nach Eingang sofort vergriffen, da der Bedarf in Stalinstadt hoch liegt (Neueinrichtung von Wohnungen).

Gefahr des Verderbens von Schmalz wurde vom Schlachthof Aue/Karl-Marx-Stadt berichtet. Hier lagern 25 t, die trotz geführter Verhandlungen nicht abgesetzt werden konnten. Mitteilung erfolgte jetzt durch den Leiter des Schlachthofes persönlich an das Ministerium für Handel und Versorgung.

In Pratau/Halle traf am 15.11.1953 ein Waggon mit 9 t Quark aus Berlin-Niederschöneweide, Import und Lagerung,⁷ verdorben ein.

Landwirtschaft

In der Ablieferung der Hackfruchternte wurden in den Bezirken Neubrandenburg, Leipzig, Halle, Dresden und Gera Mängel bekannt. Erfolge in der Belieferung können dort erreicht werden, wo Partei und Verwaltung eine gute individuelle Aufklärungsarbeit leisten. Als Gründe der Nichtablieferung wird im Allgemeinen angegeben: Schlechte Ernte, fehlende Futtergrundlage und es sei noch Zeit mit der Ablieferung bis zum Winter.

Verschiedene großbäuerliche Elemente verweigern die Ablieferung bzw. setzen sich aktiv zur Wehr, indem sie die Erfasser vom Hofe vertreiben. Im Kreis Eisleben/Halle wurden fünf Mittelbauern wegen Nichtablieferung der Hackfruchternte zum Vorsitzenden des Kreises geladen. Nach intensiver Aussprache erklärten sich alle fünf Mittelbauern einverstanden, ihren Rückstand in der Ablieferung an Kartoffeln nachzuholen.

Ein Bauer aus Polenz/Gera: »Alle Augenblicke kommt ein anderer, der Anordnungen bringt oder darauf dringt, dass gedroschen bzw. gesät wird, aber helfen tut uns keiner. Dabei verlieren wir nur Zeit. Wenn die Instrukteure ihre Arbeit besser koordinieren, würde man viel Zeit sparen.«

Ehemaliger Großbauer und Ortsbauernführer aus Großtreben/Leipzig: »Die SU hat soviel Land, warum hilft sie uns da nicht, dass wir genügend Futter für unser Vieh bekommen und die Lebenslage der Bevölkerung damit verbessert wird. Die sollen uns Ostpreußen und Schlesien zurückgeben, damit wir unser Land wieder bebauen können.«

Großbauer aus Dippoldiswalde/Dresden: »Ich brauche jetzt noch nichts abzuliefern, im Winter, wo wir dann Zeit haben, werden wir auch abliefern.«

In der Gemeinde Neuenkirchen/Neubrandenburg wurden Erfasser von einigen Bauern mit Spaten und Forken bedroht, als sie mit den Bauern über die Erfassung der Kartoffeln diskutieren wollten.

In Gramelow/Neubrandenburg wurden der Erfasser und ein Instrukteur in einem Lkw von Außenstehenden mit Steinen beworfen, sodass sie den Wagen nicht mit Kartoffeln beladen konnten und den Ort unverrichteter Dinge verlassen mussten.

Fehlende oder unbrauchbare Ersatzteile rufen immer wieder in der MTS Verärgerung hervor. Leiter der MTS Truhn⁸/Rostock: »Es fehlt immer an genügend Ersatzteilen und wenn einmal welche kommen, sind sie oft unbrauchbar. So wurden Anfang Oktober 80 Pflugscharen geliefert, die so hart waren, dass eine beim Abladen gleich zerbrach. Dies trat bei mehreren MTS auf. Die Zapfenwellenbinder dagegen sind so weich, dass sich deren Wellen sehr schnell abschleifen.«

Stimmung der übrigen Bevölkerung

Über die Entlarvung der Agentengruppen wird weiterhin diskutiert. Die bekannten Stimmen sind in der Mehrzahl positiv.

Arbeiter bei der DHZ Lebensmittel Demmin/Neubrandenburg: »Diesen Gaunern ist alles zuzutrauen. Dass sie solche Wühlarbeit leisten konnten, ist ein Mangel der Wachsamkeit der ganzen Bevölkerung. Diese Verbrecher müssen die ganze Härte unserer Gesetze spüren.«

Sportlehrer aus Röbel/Neubrandenburg: »Die Bevölkerung ist schon wieder so eingeschüchtert durch diese Verhaftungen, niemand wagt mehr die Wahrheit zu sagen.«

Die Weihnachtzuwendungen stehen weiterhin mit im Mittelpunkt aller Diskussionen. Die negativen Stimmen kommen aus solchen Personenkreisen, die nicht unter diese Vergünstigungen fallen, besonders Verwaltungsangestellte.

Angestellter beim Rat der Stadt Egel/Magdeburg: »Das ist der Dank dafür, dass wir keine Weihnachtsgratifikation erhalten, weil wir am 17.6. die staatlichen Einrichtungen vor Zerstörungen geschützt haben.«

Angestellter im Rathaus Niederwiesa/Karl-Marx-Stadt: »Wir werden solange keine FDGB-Beiträge bezahlen, bis der Betrag erreicht ist, der der Weihnachtsgratifikation gleichkommt.«

*Über den Wegfall der Interzonenpässe in Westdeutschland*⁹ wird in den Bezirken Magdeburg, Erfurt und Suhl stärker diskutiert. Die bekannten Stimmen dazu sind fast alle negativ und bringen zum Ausdruck, dass die SU den Wegfall der Interzonenpässe verhindert.

Arbeiter im Ernst-Thälmann-Werk Magdeburg: »Der Russe reagiert nicht auf diesen Vorschlag und auch nicht die Regierung der DDR. Hier sieht man wieder, wer für die Einheit eintritt.«

Bei Kontrollen der Reisenden aus Westdeutschland auf dem Bahnhof Probstzella wurde festgestellt, dass ein Teil dieser Personen, die in die DDR wollen, keine Interzonenpässe und Aufenthaltsgenehmigungen besitzen. Sie äußern, dass ihnen durch den westdeutschen Rundfunk bekannt wurde, dass ab 16.11.1953, 00.00 Uhr, die Interzonenpässe wegfallen.

Ereignisse von besonderer Bedeutung

Ein Transport von 200 deutschen Spezialisten mit ihren Familienangehörigen kommt in den nächsten Tagen aus der SU in Frankfurt/Oder an und wird nach Leipzig weitergeleitet.¹⁰

Organisierte Feindsätigkeit

Flugblättern und Postwurfsendungen in geringerem Maße in den Bezirken Rostock, Cottbus, Leipzig, Suhl, stärker in den Bezirken Frankfurt/Oder und Gera.

Wie »Die Neue Zeitung« am 18.11.1953 berichtet, benötigen »Luftreisende«, die von der Bundesrepublik nach Westberlin fliegen, und Bewohner der »Sowjetzone und Ostberlin«, die von Berlin in die Bundesrepublik fliegen, von sofort an keinen Interzonenpass mehr.¹¹ Nur Westberliner müssen sich noch einen Interzonenpass besorgen, wenn sie nach der Bundesrepublik oder zurückfliegen wollen. Staatenlose sind von der Neuregelung ausgeschlossen.

Einschätzung der Situation

Die Mehrheit der Arbeiter begrüßt die Weihnachtsgewandungen, gleichzeitig wachsen aber auch die Stimmen der Unzufriedenen unter den Angestellten der öffentlichen Verwaltungen und den unverheirateten Frauen mit Kindern, da sie sich benachteiligt fühlen. Bei der Ablieferung der restlichen Hackfrüchte zeigt sich jetzt häufiger ein Widerstand in den verschiedensten Formen auf dem Lande. Über die Liquidierung der Feindgruppen werden, besonders durch die Versammlungen in denen Vertreter des Sfs sprechen, umfangreichere Diskussionen geführt. Bis auf geringe Ausnahmen wird dadurch die Wachsamkeit erhöht.

1

Beschluss über die Zahlung von Weihnachtsgewandungen an die Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Wirtschaft vom 12.11.1953; BArch DC 20-I/3/206, Bl. 19 f. Die Gewandungen betragen bei Verheirateten 40,00 DM, bei Ledigen 30,00 DM und bei Lehrlingen 10,00 DM.

2

Die Erklärung des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw M. Molotow vom 13.11.1953 ist im Wortlaut vollständig dokumentiert in: ND, Berliner Ausgabe, v. 14.11.1953, S. 1. Geringfügig abweichend übersetzte Fassung, in der allerdings eine längere Passage nicht wiedergegeben ist: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 372–379.

3

Vom 28. bis 30.10.1953 wurden in einer groß angelegten Aktion der Staatssicherheit mit dem Codenamen »Feuerwerk« über 100 Personen, überwiegend V-Leute der Organisation Gehlen, verhaftet. Leitende Kader der Staatssicherheit versuchten anschließend anhand dieses »operativen Erfolgs«, die Arbeit der Staatssicherheit auf Betriebsversammlungen zu »popularisieren«. Vgl. Fricke, Karl Wilhelm; Engelmann, Roger: »Konzentrierte Schläge«. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1988, insbes. S. 42–47.

4

Hans Joachim Geyer, Jg. 1901, ursprünglich Kriminalautor, arbeitete seit 1952 für die Organisation Gehlen, wurde bei einer Kurierfahrt in Dresden vom MfS festgenommen und »umgedreht«. Unmittelbar darauf stieg er zum stellv. Leiter der Westberliner Gehlen-Filiale X 9592 auf und lieferte der Staatssicherheit hochkarätige Informationen und Materialien. Im September 1953 wurde er wegen seiner befürchteten Enttarnung abgezogen. Ein erheblicher Teil der in der Aktion »Feuerwerk« verhafteten V-Leute war von ihm verraten worden. Am 9.11.1953 trat er auf einer vom DDR-Pressamt veranstalteten internationalen Pressekonferenz mit einer Erklärung auf. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 10.11.1953, S. 3.

5

Dabei handelte es sich um Gerhard Harnisch, Jg. 1916, Altkommunist, 1945–48 sowjetische Gefangenschaft, ab 1949 Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen, Februar 1950 MfS-Länderverwaltung Sachsen, Dienststelle Pirna, seit Januar 1953 Leiter der BV Dresden.

6

Hintergrund ist die entschädigungslose Übergabe der Betriebe, die sich noch in sowjetischem Eigentum befanden und somit die

Rechtsform einer Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) hatten, in das Eigentum der DDR zum 1.1.1954. Das galt nicht für die SAG Wismut, die, ebenfalls zum 1.1.1954, als paritätische Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) neu gegründet wurde. Grundlage: Abkommen zwischen den Regierungen der UdSSR und der DDR über die Gründung der SDAG Wismut vom 22.8.1953. In: Boch, Rudolf; Karlsch, Rainer (Hg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Bd. 2: Dokumente, Berlin 2011, S. 194–198. In den SAG-Betrieben und speziell bei der Wismut AG waren Löhne und Prämien besonders hoch, die Arbeiter befürchteten daher eine Schlechterstellung. Vgl. auch Information Nr. 1080 v. 29.9.1953, Informationsdienst Nr. 1086 v. 6.10.1953 und Nr. 1089 v. 9.10.1953.

7

Gemeint ist wahrscheinlich das Kontor für Import und Lagerung.

8

Ein Ort namens Truhn ließ sich nicht verifizieren. Möglicherweise ist Prohn, Kreis Stralsund, Bezirk Rostock, gemeint.

9

Ab 16.11.1953 verlangten die Westalliierten von Deutschen, die von Berlin oder der DDR über die Interzongrenze in die Bundesrepublik einreisten, keine Interzonenpässe mehr. Auch die von Behörden der Bundesrepublik bisher ausgestellte Aufenthaltserlaubnis entfiel.

10

Zur Repatriierung deutscher Ingenieure und Naturwissenschaftler, die an den sowjetischen Rüstungsprogrammen mitgearbeitet hatten, siehe Steiner, André: The Return of German »Specialists« from the Soviet Union to the German Democratic Republic: Integration and Impact. In: Judt, Matthias; Ciesla, Burghard (eds.): Technology Transfers Out of Germany After 1945. Amsterdam 1996, S. 119–130.

11

»Auch Flugreisende nach Berlin jetzt ohne Interzonenpass.« In: Die Neue Zeitung v. 18.11.1953, S. 1.